

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Herr des Bodens

Gut kennt man im Tschapajew-Sowchos, Rayon Sowetski, Gebiet Nordkasachstan, Theodor Milcher, den erfahrenen Getreidebauern und angestammten Mechanisator.

Ich hatte Gelegenheit, mit Theodor Milcher öfter zusammenzukommen. Ich beobachtete ihn bei der Arbeit und zu Hause in der Freizeit. Er ist ein sachlicher und fleißiger Mann. Nicht umsonst trägt er an seinem Festanzug den Orden der Oktoberrevolution und den Orden „Zelchen der Ehre“.

In Nordkasachstan reift eine gute Ernte heran. Alle Sowchoses und Kolchose der Neulandregion bereiten sich auf dieses Ereignis vor. Sie setzen Kombines und Getreidemäher, Kraftwagen und mechanisierte Tennen in Stand. Zusammen mit allen bereitet sich auch Milcher zur Ernte vor, der im vorigen Jahr Tausende Tonnen Getreide gedroschen hatte. Solche fleißigen Menschen wie Theodor Milcher sind Gold wert!

Dieser Meinung sind auch viele andere. Valentina Alexandrowna Stach, Schuldirektorin im Dorf Tjumenka, sagt: „Wir bringen in der Schule Liebe zum Boden und zur Arbeit bei. Oft laden wir junge Leute zu Treffen mit Bestarbeitern ein. Auch Milcher war schon bei uns. Die Schüler hören seine Erzählung über das Getreide und die Arbeit des Mechanisators mit offenem Munde. Er ist das Vorbild unserer Kinder. Viele werden bei uns nach der Schule Traktoristen, Milcher leistet ihnen Hilfe.“

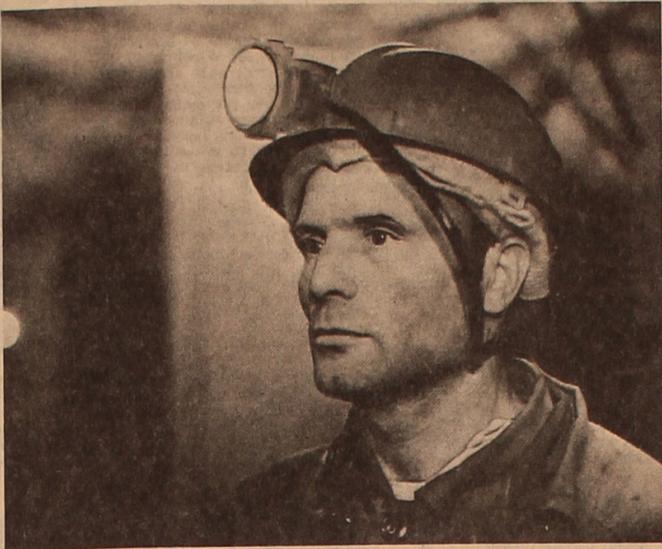
Wir fahren an Weizenfeldern vorbei, die schon graubraun waren. Sehr bald werden die Getreidebauern des Tschapajew-Sowchos ihre „Niwas“ und „Jennissejs“ dort einsetzen. Auf einem davon wird auch Theodor Milcher arbeiten.

Vitali LUFT,
ehrenamtlicher Korrespondent
der „Freundschaft“
Gebiet Nordkasachstan



Rund 23 Jahre arbeitet schon Johann Bengler im Bergbau- und Chemiekombinat Zelinny, Gebiet Zelinograd. Er begann seine Arbeitslaufbahn im Bergwerk Schanljube als Meister, heute ist er stellvertretender Chefingenieur für Planung und Projektierung.

Foto: Viktor Krieger



Erlaß

des Präsidenten der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik

Über Maßnahmen zur Absicherung der Erntebearbeitung im Jahre 1990

Zwecks operativer Koordinierung der Kräfte und Mittel zur Absicherung der rechtzeitigen und verlustlosen Ernte, Erfassung und Verbearbeitung sämtlicher landwirtschaftlicher Kulturen ist eine Republikkommission in folgender Zusammensetzung zu bilden:

Karamanow U. K. — Kommissionsvorsitzender, Vorsitzender des Ministerrats der Kasachischen SSR

Tursumbajew B. M. — Stellvertretender Kommissionsvorsitzender, 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Kasachischen SSR, Vorsitzender des Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees

Sagdijew M. R. — Stellvertretender Kommissionsvorsitzender, Mitglied des Präsidialrates der Kasachischen SSR

Dwuretschenski W. I. — Stellvertretender Kommissionsvorsitzender, Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, Kommissionsmitglied

Bektemislow A. I. — Vorsitzender des Staatlichen Komitees der Kasachischen SSR für materielle-technische Versorgung

Berssenew M. T. — Innenminister der Kasachischen SSR

Ostapenko J. I. — Minister für Getreideerzeugung der Kasachischen SSR

Tomaschew A. K. — Minister für Transportwesen der Kasachischen SSR

Blow A. N. — Stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees der Kasachischen SSR

Issingarin N. K. — Verwaltungschef der Alma-Ataer Eisenbahn

Panow J. W. — Verwaltungschef der Westkasachstan Eisenbahn

Starodub A. W. — Verwaltungschef der Neulandseisenbahn

Denisow W. W. — Vorsitzender des Staatlichen Komitees der Kasachischen SSR für Erdöl-erzeugnisse

Bekbulatow Sch. Ch. — Minister für Autostraßen der Kasachischen SSR

Jerschow A. A. — Chef der Kasachischen Verwaltung für Zivilluftfahrt

Schajachmetow Sch. Sch. — Minister für Volksbildung der Kasachischen SSR

Shakselekov E. M. — Vorsitzender des Kasachischen Republikgewerkschaftsrates

Sarsenow U. S. — Vorstandsvorsitzender des Kasachischen Republikverbandes der Konsumgenossenschaften

Issajew B. W. — Vorsitzender des Komitees für Volkskontrolle der Kasachischen SSR

Ich räume dieser Kommission das Recht ein, die erforderlichen Materialwerte und Arbeitskräfte, unabhängig von ihrer behördlichen Unterstellung und für die Dauer bis zum vollständigen Abschluß der Erntearbeiten zu mobilisieren.

Die geltenden Verordnungen, Befehle und Instruktionen, die der Mobilisierung, der Erfüllung der Ernteaufgaben, der Beförderung, Verarbeitung und Lagerung der Erzeugnisse der Ernte des Jahres 1990 im Wege stehen, sind für diesen Zeitabschnitt außer Kraft zu setzen.

Die Gebiets-, Stadt- und Rayonsowjets der Volksdeputierten haben ähnliche Kommissionen vor Ort zu bilden und diese mit entsprechenden Vollmachten auszustatten.

Präsident der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik

N. NASARBAJEW

Alma-Ata, 13. August 1990

Sitzung des Präsidialrates

Am 13. August fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der Kasachischen SSR N. A. Nasarbajew eine Sitzung des Präsidialrates der Republik statt. An ihrer Arbeit beteiligten sich die Mitglieder des Rates M. T. Berssenew, N. A. Wdowin, M. Dsholdasbekow, U. K. Karamanow, M. R. Sagdijew, S. S. Sartajew, D. Ch. Sembajew, Mitglieder des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, Stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets und des Vorsitzenden des Ministerrats der Republik, bevollmächtigte Vertreter der Kasachischen SSR in der Arbeitsgruppe des Föderationsrates der UdSSR für Ausarbeitung eines neuen Unionsvertrags, Leiter von Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen der Republik.

Es wurden der Entwurf des neuen Unionsvertrags, die Konzeption des Übergangs der Kasachischen SSR zur Marktwirtschaft sowie die Frage außerordentlicher Maßnahmen zur Durchführung der Erntebearbeitung dieses Jahres erörtert.

Die Hauptprinzipien des Entwurfs des neuen Unionsvertrags, der von den Gesetzgebern der Republik unter Berücksichtigung der breitesten öffentlichen Meinung ausgearbeitet worden ist, wurde vom Mitglied der Gruppe bevollmächtigter Vertreter K. A. Abdullajew dargestellt. Es wurde festgestellt, daß dieses Dokument die Erneuerung der Union souveräner Staaten auf der Grundlage der Selbstständigkeit der Unionsrepubliken, der freiwilligen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe der Vertragspartner, aller auf dem Territorium des Landes lebenden Nationen und Völkern, die Union muß die tiefgreifende Demokratisierung der staatlichen Institutionen und der gesamten Gesellschaft, die wirtschaftliche, politische und rechtsmäßige Souveränität der Vertragspartner, die Rechte und Freiheiten des Menschen gemäß den Völkerrechtsnormen, neue Bedingungen der Wirtschaftsintegration zugunsten der Hebung des Wohlstands der gesamten Landesbevölkerung, der Entwicklung

und Bereicherung der nationalen Kulturen gewährleisten. Es fand ein umfassender Meinungsaustausch bezüglich der Leitsätze des Entwurfs statt, der dem Föderationsrat und dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Erörterung unterbreitet werden soll.

Die Mitteilung über die Konzeption des Übergangs der Ökonomik der Republik zu Marktbeziehungen machte der Vorsitzende der Staatlichen Kommission des Ministerrats der Kasachischen SSR für Wirtschaftsreform K. T. Turysow. Es werden Maßnahmen zur Entlastung der freien Wirtschaft und Unternehmertätigkeit, zur Schaffung einer selbstständigen Bank, Kredit- und Finanzierungspolitik, zur Änderung der Leitungsstruktur der Volkswirtschaft der Republik, die Ausbildung von Spezialisten zur Arbeit unter den neuen Verhältnissen, die Ausarbeitung eines zuverlässigen Systems des Sozialschutzes der Bevölkerung und vor allem der unzureichend versorgten Schichten unter den Bedingungen der Marktpreisbildung vorgesehen. Unter Berücksichtigung der geäußerten Bemerkungen wurde der Beschluß gefaßt, den Konzeptionsentwurf der Regierung der Republik zwecks Volksausprache zu veröffentlichen.

Die Sitzungsteilnehmer erörterten ausführlich die Situation in der Republik im Zusammenhang mit der Durchführung der Erntebearbeitung. Zu dieser Frage sprach der 1. Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats und Vorsitzende des Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees der Kasachischen SSR B. M. Tursumbajew. Er schätzte die Situation als außerordentlich ein, die die Einleitung dringender Maßnahmen erfordert. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Jahr allerorts eine reiche Ernte an Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Obst und anderen ackerbaulichen Erzeugnissen gezogen worden ist. Die Ernte vollständig, verlustlos zu bergen, bedeutet, die Lebensmittelversorgung wesentlich zu verbessern, günstige Bedingungen für die Überführung der Volkswirtschaft

zur Marktwirtschaft abzusichern und eine zuverlässige Grundlage für die wirtschaftliche Selbstständigkeit, für den Ausbau gegenseitig vorteilhafter Beziehungen, für die Festigung der Lage der Republik auf dem Innen- und Außenmarkt zu schaffen.

Doch gegenwärtig ist die Situation bei der Erntebearbeitung gespannt: In vielen Getreidebaugebieten mangelt es an Mechanisatoren, Fahrern, Transportmitteln, Ersatzteilen, es werden Störungen bei der Versorgung mit Kraft- und Schmierstoffen zugelassen.

N. A. Nasarbajew unterstrich, daß die Realisierung der Maßnahmen, die von der Regierung der Republik zur Absicherung einer organisierter Erntebearbeitung, zur Heranziehung von Arbeitskräften und Materialwerten zwecks Hilfeleistung den Dorfwirtschaften und zur zusätzlichen Aufmunterung der Ernteteilnehmer gefaßt werden, ein Höchstmaß an Organisiertheit und Sachlichkeit erfordern.

Er forderte sämtliche Massenorganisationen und -bewegungen sowie die Arbeitskollektive auf, auf die Durchführung von Massenveranstaltungen sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt in dieser verantwortungsvollen Zeit zu verzichten. Die Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Leistung den Dorfbewohnern der erforderlichen praktischen Hilfe wird einen unmittelbaren Schritt zur Lösung des Lebensmittelproblems, zur Hebung des Wohlstands aller Kasachstaner bedeuten.

Den Leitern der Ministerien und anderer zentraler Staatsorgane, die für den exakten Arbeitsrhythmus bei der Mahd unmittelbar verantwortlich sind, wurden auf der Sitzung konkrete Aufträge erteilt. Es wurde eine Republikkommission unter Leitung des Vorsitzenden des Ministerrats der Kasachischen SSR U. K. Karamanow zur organisierter Durchführung der Erntebearbeitung gebildet. In der nächsten Zeit wird sie ihre Arbeit in den Neulandgebieten antreten.

(KasTAG)

Probleme der Sowjetdeutschen dulden keinen Aufschub

Am Dienstag hat in Moskau die dritte Konferenz der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ begonnen. Die Erörterung der komplizierten Probleme des mehr als zwei Millionen Menschen zählenden deutschen Volkes des Landes findet in einer Atmosphäre bisher beispiellosen Zuspitzung der zwischenethnischen Beziehungen in der Sowjetunion statt.

Obleich die Suche nach einer Lösung der Probleme der Sowjetdeutschen in scharfe Konfrontation nicht ausartet, wächst ihre Aktualität mit jedem Tag. Sie fordern die Wiederherstellung der deutschen Autonomie, die in den Jahren des Stalinsregimes aufgelöst worden ist. Die Unionsbehörden unternehmen in dieser Richtung Anstrengungen, auch im Obersten Sowjet der UdSSR. Die Idee der Wiederherstellung der deutschen Republik im Wolgaland stößt jedoch auf Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Es werden alternative Vorschläge gemacht, aber auch sie sind vorläufig ohne praktische Folgen. In dieser Situation treffen viele Sowjetdeutsche die Entscheidung, die Heimat zu verlassen und in die Bundesrepublik Deutschland zu übersiedeln. Allein im vergangenen Jahr haben 105 000 sowjetische Bürger deutscher Nationalität ihre Heimat verlassen. In diesem Jahr ist das Tempo der Auswanderung noch höher.

Zu den neuen Varianten für die Lösung der Probleme der sowjetdeutschen Bevölkerung zählt auch die Idee der Einrichtung einer außerterritorialen Assoziation der Sowjetdeutschen,

wobei sie die Rechte einer autonomen Republik hinsichtlich ihrer Vertretung in den Machtorganen, der Gestaltung von Regierungsstrukturen hinsichtlich der Kultur, der Kaderauswahl usw. bekommen soll.

Wie jedoch der Kovorsitzende der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ Hugo Wormsbecher in einem TASS-Gespräch sagte, „ist für uns heute die wichtigste Aufgabe als Volk weiterzubestehen, nicht zu verschwinden. Dafür müssen sich aber die Sowjetdeutschen versammeln und Möglichkeiten für die Wiedergeburt als Volk bekommen.“

Für die „unbedingte Lösung der Probleme der Sowjetdeutschen“ hat sich auch das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation Wladimir Issakow ausgesprochen. „Wir müssen das in allem Ernst, bei voller Achtung für das Volk tun, daß ungerecht gelitten hat“, sagte er in einem TASS-Gespräch.

Wladimir Issakow sieht den Weg zu einer Lösung des Problems in der Schaffung von „nationalen Siedlungen und Städte in der Region in der ersten Etappe“. Seiner Auffassung nach wäre das Vorhandensein von Gebieten mit starker Konzentration der deutschen Bevölkerung der beste Beweis dafür, daß eine deutsche Autonomie für die russischsprachige Bevölkerung nicht nur keine Bedrohung ist, sondern vielmehr zur wirtschaftlichen, kulturellen Entfaltung der Region beitragen würde.

(TASS)

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Rund 15 000 Tonnen Futter wollen die Werktätigen des Sowchos „Krasnojarski“ im Gebiet Zelinograd für die bevorstehende Viehwinterung bereitstellen. Gegenwärtig werden im Agrarbetrieb täglich 1 200 bis 1 300 Tonnen Getreidemasse in die Silosgruben eingelagert. Für einen zügigen Futurtransport sorgen die erfahrenen Mechanisatoren und Fahrer K. Buchmiller, A. Herdt und W. Neumann.

Direkte Verträge schließt das Kollektiv der Aktjubscher Konfektionsfabrik „Junost“ mit den Rohstofflieferanten ab. Die neue Form der Zusammenarbeit steigert merklich die Produktionseffektivität. Es sind bereits Verträge mit zwei soliden Partnern — den Baumwollkombinaten Alma-Ata und Duschanbe abgeschlossen.

Als zuverlässige Partner gelten die Arbeiter des Karagandaer Werks für Bergbauausrüstungen unter den Landarbeitern. Über Hundert Arbeiter leisten täglich Hilfe bei der Gemüsernte im Sowchos „Karagandinski“ im Rayon Mitschurinski. In den Werkabteilungen werden zudem noch Ersatzteile für die Erntetechnik hergestellt. Auch im Sowchos „Proletarski“ bauen gegenwärtig die Werkarbeiter einen Mastplatz für 400 Tiere.

Die Fahne des Arbeitsruhmes ist in der Zentralisierung des Sowchos „Blagoweschtschenski“, Rayon Dshambul im Gebiet Nordkasachstan zu Ehren der Bestmelterin Alexandra Prozenko gehißt worden. Die Arbeitsaktivistin hat im ersten Halbjahr rund 1 730 Kilogramm Milch je Kuh gemolken. Der Staatsauftrag bei Milch ist im Sowchos mit 105 Prozent erfüllt. Insgesamt sind es 260 Dezitonnen Milch zusätzlich zum Plan.

Kraftwagenzug der Barmherzigkeit

Viele Werktätige Kasachstans und anderer Bruderrepubliken empfinden das Leid, von dem die Bevölkerung einer Reihe von Rayons im Gebiet Ostkasachstan infolge des Erdbebens betroffen wurde, wie ihr eigenes. Von allen Seiten kommt verschiedene Hilfe für die Geschädigten.

Am 13. August traf in Alma-Ata ein Kraftwagenzug mit Kinderkleidung ein. Sie wurde für die Mittel des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans erworben, das dafür 50 000 Rubel aus seinem Haushalt bereitstellte. Diese Kleidung soll unter kinderreichen Familien verteilt werden.

(KasTAG)

Nach dem Restprinzip

Im Komitee für Volkskontrolle der Kasachischen SSR

Das Komitee für Volkskontrolle der Kasachischen SSR erörterte die Erfüllung der Aufgaben für Bau und Innungnahme von Objekten der Volksbildung in der Republik. Wie die Kontrollaktion zeigte, werden sie nach wie vor in einem Schnecken Tempo, nach dem Restprinzip errichtet. In sechs Monaten wurden nur 23,6 Prozent der Vorschulrichtungen, 15,7 Prozent der allgemeinbildenden Schulen und 21,5 Prozent der Berufsschulen der geplanten Jahresaufgabe ihrer Bestimmung übergeben.

Einen großen Teil der Schuld trägt an all dem das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee (W. Miltow), das Staatliche Komitee für Bauwesen der Republik (S. Orasbajew), „Glawmaatastroj“ (J. Keldjuschew), die Verwaltung für

Kommentar zum Thema

Wir, das Zentrum und die Ökologie

Es gibt eine Reihe von Themen, zu denen heutzutage wohl am meisten diskutiert wird.

Eines dieser Themen ist die Ökologie. Natürlich berührt es nicht allein uns Sowjetmenschen; wir gehören hier sozusagen mit hinzu...

Ein anderes — schon ausgesprochen „unseres“ Thema stellen die Beziehungen zwischen den Regionen und dem Zentrum dar. („Zentrum“ wird jetzt auch in Russisch, Kasachisch und in anderen Sprachen groß geschrieben. Wohl um der Erscheinung, die es zum Ausdruck bringt, ein größeres Gewicht zu verleihen.)

Die Journalisten bringen diese beiden Themen immer wieder mit der Politik in Verbindung. Meiner Meinung nach kann es anders auch gar nicht sein. Denn die ökologischen Mißstände sind die Folge einer miserablen Politik, die Probleme des Naturschutzes aber werden zuweilen von Politikern (von so manchen natürlich) in deren Interesse genutzt. Einen Zusammenhang gibt es schon, wie wir sehen.

Einen Zusammenhang gibt es auch unmittelbar zwischen den beiden Themen, die wir mit Dir Leser angeschnitten haben. Ohne solch einen Zusammenhang ist es einfach unmöglich. Hängt denn der Zustand unserer Umwelt nicht vom Niveau der wirtschaftlichen, rechtsmäßigen und moralischen Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Regionen ab? Und stellen diese Beziehungen ihrerseits nicht wiederum eine Politik dar?

Darüber, von welcher Qualität diese Politik heutzutage ist, wissen wir Bescheid.

Wie verhielt und verhält sich zum Beispiel bei heute das Zentrum (darunter sind vor allem die Behörden zu verstehen) gegenüber unserer Republik? Dieses Verhältnis könnte man als einseitige Liebe bezeichnen.

Der Leser erinnert sich selbstverständlich, daß die Leiter unserer Republik auf verschiedenen Unionsforen, darunter auf dem Kongreß der Volksdeputierten, sich diesbezüglich, d.h. bezüglich der „einseitigen Liebe“ äußerten und, ich würde sagen, geradezu frappante Tatsachen unverföhren Ausbeutung der Reichtümer der Republik anführten.

Diese akuteste Frage war eine der wichtigsten auch beim Treffen der Leiter der fünf Unionsrepubliken Mittelasiens und Kasachstans Ende Juli dieses Jahres in Alma-Ata, worüber ich schon früher schrieb.

Wollen wir nun zu Tatsachen greifen, die das Thema unserer heutigen Unterhaltung illustrieren. Im Gebiet Dsheskasgan zum Beispiel, das mit großer Bedrohung von Unionsbedeutung gespickt ist, gelangen jährlich Hunderttausende Tonnen Schadstoffe in die Luft, auf den Halden häufen sich Millionen Tonnen harte Abfälle an, in die Klärbecken gelangen über 200 Millionen Kubikmeter verschiedener Abwässer. Ob die zentralen Behörden sich darüber Gedanken machen? Nicht im geringsten.

Als Bestätigung dessen, daß das Zentrum sich im Grunde genommen gleichgültig gegenüber den ökologischen Problemen an der Basis verhält, kann beispielsweise die Versorgung der Bevölkerung des Gebiets Dsheskasgan mit Wasser dienen.

Dieses Problem ist höchst zuge-spitzt. Deshalb wird der Kanal Irtytsch-Karaganda-Dsheskasgan gebaut. Unlängst wurde ein Komplex von Bauten zwecks Wasserbeförderung in eine Reihe von Rayons des Gebiets in Betrieb genommen. Man könnte sich anscheinend freuen, aber das Wasser ist zu schmutzig: Bis es im Nura-Flußbett über die Industrierayons Karaganda und Temirtau läuft, nimmt es die Industrieabwässer in sich auf. Im Zusammenhang damit war beschlossen worden, den Bedarf der Bevölkerung durch Grundwasser zu decken. Die Leitung des Gebiets kann solch einem Beschluß nicht zustimmen, denn die Vorräte an Grund-

wasser sind begrenzt, der Bedarf an Trinkwasser aber wächst.

Wie reagiert das Ministerium der UdSSR für Bau von wasserwirtschaftlichen Anlagen? Auf seine Art und Weise. Damit die Einwohner des Gebiets Dsheskasgan reines Wasser aus dem Irtytsch erhalten, müssen entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Lohnt es sich denn aber, in dem fernen Moskau sich über irgendwelche Dsheskasganer Probleme den Kopf zu zerbrechen? Wo zu auch. Und das Ministerium besteht auf der Variante Grundwasser.

Was aber die eigenen Interessen betrifft, so sorgt das Zentrum eifrig dafür, 93 Prozent aller Betriebe, die die Reichtümer Kasachstans ausbeuten, sind Betriebe mit Unionsunterstellung. Sie buchen jährlich Dutzende Milliarden Rubel Gewinn. Und wie hoch sind die Gewinnabführungen an den Republikhaushalt? Lächerliche 0,3 Prozent!

Unser Volksdeputierter der UdSSR (ich und meine Freunde haben unsere Stimmen für ihn abgegeben), Chef der Projektierungs- und Bauvereinigung des Alma-Ataer Wohnungsbaukombinats Anatoli Safonow äußerte sich im Gespräch mit einem Journalisten diesbezüglich folgendermaßen: „Das Diktat der Behörden ist noch stark. Sie halten es gut beim alten Wirtschaftssystem, sie haben es auch heute noch gut: Sie holen sich für einen Spottpreis die Ressourcen und erhalten für nichts und wieder nichts Dividende...“

Mit Herzensschmerz wurde das Schicksal der Natur im Frühjahr dieses Jahres auf einer Sitzung des Präsidiums des Ministerrats der Kasachischen SSR diskutiert. Auf dieser Sitzung wurde die Erfüllung der Maßnahmen zum Schutz der Umwelt vor Verunreinigung durch industrielle Schadstoffemissionen einer Reihe von Betrieben mit Unionsunterstellung, die in dem Gebiet Aktjubsinsk, Dshambul und Tschimkent stationiert sind, besprochen. Es wurde damals festgestellt, daß die ökologische Situation in dieser Region nach wie vor gespannt bleibt, und die Aufgabe der Erhaltung des natürlichen Milieus eine der vorrangigsten ist. Die Hauptursache dieser Situation ist dieselbe — das zügellose Diktat der Behörden.

Warum aber wird ihnen das gestattet? Wo liegt da der Hund begraben?

Die Sache ist die, daß die Naturreichtümer unseres Landes immer noch als Unionsgegenstand gelten (lies: Eigentum der Behörden). Gerade diesem Nonsens (Unsinns), wie man heute zu sagen pflegt, führte zu deren katastrophalen Plünderung und zu ökologischen Mißständen. Eines solcher Notstandsgebiete ist jetzt der Aralsee.

Schon bei einer bloßen Erwähnung des Aralsees möchte man ausrufen: Sei verflucht, du bürokratisches Leitungssystem, das die Natur und den Menschen in solch eine Notlage gebracht hat!

Dann wäre der Balchasch-See an der Reihe... Menschen, sind wir denn nicht imstande, Halt zu machen? Werden wir denn auch künftig unsere Umwelt, und das heißt auch uns, gefährden?

So darf es natürlich nicht weitergehen.

Ob es einen Ausweg gibt? Ja, es gibt ihn, und das wäre die Dezentralisierung des Eigentums, die Entstaatlichung der Ökonomik, die Souveränität der Republik (eine echte und nicht scheinbare), die örtliche Selbstverwaltung. Der Boden und dessen Reichtümer haben denjenigen zu gehören, die auf diesem Boden leben. In seinem Heim muß der Hausherr wirtschaften und keinesfalls ein fremder Onkel, der ab und zu mal dieses Haus besucht.

Diesen Weg gehen wir. Leicht ist er keinesfalls, wir sind aber unterwegs. Und ich glaube: Wir werden das Ziel erreichen. Wir dürfen einfach nicht versagen.

Woldemar STORZ

den geplanten 40 und 9 Kindergärten von 45 gebaut werden. „Glawmaatastroj“ hat von den 8 Anlaufschulen und Zubauten zu ihnen nur eine einzige und von 10 Kindergärten nur 3 ihrer Bestimmung übergeben.

Das Komitee für Volkskontrolle beauftragte die verantwortlichen Mitarbeiter des Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees und des Staatlichen Komitees für Bauwesen, des „Glawmaatastroj“ und der Verwaltung für Investitionsbau des Alma-Ataer Stadtektuvkomitees dringende Maßnahmen zur Ausbesserung der entstandenen Situation zu ergreifen.

Auf der Sitzung des Komitees wurden auch Fragen der Kreditverföhren für die Kooperativen durch die Sonderbanken der Kasachischen SSR und Fragen der handelsmäßigen Betreuung der Werktätigen durch die Kasachische Vereinigung für Arbeiterversorgung des Ministeriums für Hüttenwesen der UdSSR behandelt. (KasTAG)

Denkanstöße

Regenbogen über Strafkolonie

Die Aufschrift vor der Zufahrt lautet: „Anstalt AP 162/9“. Anders gesagt: Erziehungskolonie. Aber es gibt hier weder einen hohen Zaun noch Stacheldraht noch Wachhund.

Der Leiter der Pawlodarer Verwaltung des Innern Wilhelm Deschner hat eine eigene Meinung über die Erziehungsanstalten. Er besteht sogar darauf, daß sie umbenannt werden müssen.

„Wem kam der Gedanke, daß die Inhaftierten hinter dem Stacheldraht umzogen werden? Niemals Sie büßen hier ihre Strafen ab. Kennen sie selbst jemanden, der nach einer Strafkolonie besser geworden ist?“

Wilhelm Deschner kennt die Gefängnisumgebung gut. Er leitete jahrelang die Erziehungsanstalten im Gebiet. Jetzt betreut er sie. Oft zerbricht er sich den Kopf, was zu tun ist, daß die Menschen, die sich wegen zufälliger Fahrlässigkeit hinter Schloß und Riegel befinden, ihre Strafe nicht zusammen mit unverbesserlichen Kriminellen abbüßen und diese „Umerziehungsschule“ absolvieren müssen.

Gerade aus diesem Grund ist in der weiten Steppe hinter Ekibastus eine Siedlung für nach dem Paragraphen 127 Verurteilte, das heißt für Fahrer, die Autounfälle verursacht haben, entstanden. Auf den ersten Blick ist es ein gewöhnlicher Sowchos, wo Kühe, Schafe, Pferde gezüchtet werden, wo Getreide angebaut wird. Es ist ungewöhnlich, deren Leiter Major Viktor Dieser und seinen politischen Vertreter Hauptmann Nurlan Nurmagametow in ihrer Uniform zu sehen. Mir schien, daß sie sich in der Uniform nicht sehr behaglich fühlen, um so mehr, als Major Dieser von Beruf Bauingenieur und Nurmagametow Pädagoge ist.

„Zu uns ist Dieser als Bauingenieur gekommen und er hat bei uns von der Pke auf gearbeitet“, erzählte mir Deschner. „Wir haben damals längere Zeit nach einem Leiter gesucht. Eines Tages hatte jemand einen Einfall: Man könnte Dieser mit diesem Amt betrauen. Eine bessere Kandidatur könnte man nicht finden. Und es stimmte, er ist zuverlässig und liebt seine Arbeit.“

Später überzeugte ich mich davon, Viktor Dieser ist auf dem

Landes im Gebiet Orenburg aufgewachsen. Von klein auf kennt er die schwere Arbeit auf dem Acker. Nun konnte er seine Erfahrungen hier gut gebrauchen. Der neue Sowchos wurde in einer Ebene errichtet. Man brauchte Wohnräume, Baracken, Kuhställe.

„Die Leute sind hier vorwiegend jung. Es ist sehr wichtig, daß die Jahre, die sie hier verbringen, nicht umsonst waren, daß die Leute hier eine nützliche Arbeit verrichten und etwas Neues lernen.“

Dieser setzt mich in den Dienstwagen und wir bestaunen seine Wirtschaft. Alle Bauten sind hier aus Samen errichtet und mit Ziegelstein verkleidet. Samen wurde hier in der Kolonie hergestellt. Dafür wurde eine Werkhalle gebaut. Man baut hier derzeit eine kleine Wurstfabrik und will auch Schaffelle bearbeiten und Pelze nähen. Zu Diesers Wirtschaft gehört auch ein halbkilometerlanger Damm mit einem Teich, wo Gänse gezüchtet werden.

Vorläufig bringt der Sowchos keinen Gewinn, weil die Produktion nur seinen Mitarbeitern verkauft wird. Aber Viktor Dieser glaubt, daß man hier die Wirtschaft erfolgreich führen kann. Sehr effektiv wäre in dieser Gegend der Anbau des Buchweizens, die Schaf- und Pferdezüchtung.

Ich fragte Viktor, wie ihm seine „Mannschaft“, mit der er seine weitgehenden Pläne verwirklichen will, gefällt.

„Bei einer guten Organisation werden die Leute gut arbeiten. Sie müssen nur ein materielles Interesse daran haben. Auch ein moralisches, damit die Frist ihres Aufenthaltes in unserer Anstalt von der Qualität ihrer Arbeit abhängt. Sie müssen immer am Tunnelende ein Licht sehen“, meint der Major Dieser.

„Aber auf Grund der Humanisierung unserer Gesellschaft gibt es solche Häftlinge immer weniger.“

„Ja, es stimmt. Vom Anfang an hatten wir hier 700 Menschen, jetzt — weniger als 200. In der ganzen Republik sind noch drei Kolonien solcher Art.“

Lohnt es dann, 15 Millionen Rubel in diese Wirtschaft zu investieren? Dieser ist überzeugt: Ja, es lohnt sich. Wenn es an Verurteilten mangelt, könnte man Arbeitskräfte aus der Umgebung einstellen. Seine Wirt-

schaft wird dann zu einem gewöhnlichen Sowchos.

Die Menschenschicksale in der Strafkolonie sind ähnlich. Auf die Antwort, wie man herkommt, bekam ich die gleiche Antwort: „Ich war angetrunken, habe einen Autounfall verursacht, es gab dabei Opfer...“ Aber es gibt auch Ausnahmefälle. Heinrich Müller aus Zelinograd erzählte mir, daß das Gericht seine Sache nicht ordentlich untersuchen wollte.

Alle Verurteilten meinen, daß diese Haftform humaner als die üblichen ist. Manche wohnen hier mit ihren Familien zusammen, es ist erlaubt.

Und wie arbeitet man hier? Davon erzählte mir der 40-jährige Anatol Daumlechner. Er kommt aus Dshambul. Dort lebte seine Eltern, Frau und drei Kinder. Anatol ist Diplom-Ingenieur. Sein Leben ist normal verlaufen, bis er bei Taschkent einen Verkehrsunfall verursachte. Bis jetzt kann er nicht begreifen, wie er am Steuer eingeschlafen war. Das kostete zwei Menschen das Leben.

In der Kolonie ist Anatol in seinem Beruf tätig. Er ist Vorsitzender des Rates des Arbeiterkollektivs. Was denkt er von der Arbeit der Häftlinge?

„Offen gesagt, arbeitet fast jeder hier unter dem Motto: ‚Die Arbeit ist kein Frosch, sie hüpf nicht davon‘. Die Leute ziehen an einem schweren Karren und zählen die Tage bis zur Entlassung.“

„Und Sie?“

„Hier bin ich vor kurzem angekommen. Meine Strafe habe ich vorher in Akshar bei Alma-Ata abgebußt, Zwiebeln angebaut. Unsere Verdienste waren gut, und vielen wurde die Haftzeit verkürzt. Das war ein Stimulus.“

Aber hier ist diese Arbeitsorganisation nicht vorhanden. Vergessen Sie bitte nicht, daß wir keinen gewöhnlichen Sowchos dahaben“, sagte mir Anatol.

Meine Eindrücke von der Wirtschaft teilte ich Nurmagametow und Dieser mit.

„Wir praktizieren übrigens die Pacht, nämlich in der Schaf- und Pferdezüchtung. Man hat dort gute Löhne. Wir haben damit keine Probleme, obwohl die Menschen auf den Weiden sich selbst überlassen sind“, meinte Viktor.

Es wurde hier bereits vieles erreicht. Aber noch mehr Arbeit steht dem Kolonieleiter und seinem politischen Stellvertreter be-

vor. Sie sind sich darüber in klarem. Sehr schlecht arbeitet z.B. der Rat des Arbeiterkollektivs. Auf dem Papier ist alles in Ordnung; Der Rat leitet einen Sportzirkel, ein Latenknästerkollektiv. Seine Tätigkeit beschränkt sich aber in der Wirklichkeit mit dem Volleyball nach der Arbeit. Es ist besonders schwer, die Jugend in den Rat einzubeziehen. Junge Häftlinge wollen keine Aktivisten, in ihrem Jargon „Bökke“, werden, so etwas ist in der Ganovenwelt unbeliebt.

Die Lebensbedingungen sind hier anders als im Gefängnis. Aber die Gesetze der kriminellen Welt schieben leider auch in die Kolonie hinein. Das bestätigt nur, wie Wilhelm Deschner seinerzeit recht hatte, als er hierher kam, um die Kolonie zu organisieren und diese Kategorie der Verurteilten von den richtigen Kriminellen zu isolieren. Ab 1985 wird das in der UdSSR praktiziert. Wie viele Menschen waren dadurch von der „kriminellen Schule“ verschont geblieben, wie viele Familien bekamen normale Väter zurück!

Gegen Abend bedeckte eine Donnerwolke den Himmel über der Strafkolonie. Dünne und hilflose Pappeln beugten sich ängstlich vor den Schlägen des Windes. Sie hatten keinen Schutz vor Sturm und Sand. Ich kann mir gut vorstellen, wie schlimm es hier ihnen und den Menschen im Winter ergeht.

„Der Wind heult alle 24 Stunden lang. Heiße Wüstenwinde und eiskalte Arktiswinde haben hier keine Hindernisse in ihrem Weg. Diese Gegend ist gewiß kein Kurort.“ sagte mir Dieser.

Der Sturm dauerte eine halbe Stunde lang. Plötzlich wurde es still. Auf den Boden fielen große Regentropfen, dann leuchtete im Osten ein bunter Regenbogen auf.

Ich dachte dabei an die Menschen, die ich heute hier gesehen hatte. Verschiedene Wege brachten sie hierher. Verschiedene Strafen büßen sie hier ab. Jeder von ihnen wartet sehnsuchtsvoll auf die Stunde der Entlassung. Der Regenbogen über der Strafkolonie, der sich für kurze Zeit über den Himmel spannte, schien mir ein Symbol der Freiheit zu sein — ein gutes Omen, das zur Hoffnung berechtigt, daß die Häftlinge dereinst zu einem normalen Leben zurückkehren werden.

Eugen WARKENTIN
Gebiet Pawlodar



Mit der Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen unserem Land und der Volksrepublik China hat das Zollamt in Chorgos, Gebiet Taldy-Kurgan, nun mehr Sorgen bekommen. Seine Mitarbeiter sind täglich Zeugen rührender Wiedersehens naher Verwandter. Häufig decken sie aber auch Fälle gesetzwidriger Ein- oder Ausfuhr von Wertsachen auf, die dem Staat einen großen wirtschaftlichen und politischen Schaden zufügen. Unsere Bilder: S. Wosny, Leiter der Passagierabteilung des Zollamtes, unterhält sich mit Touristen aus China. Inspektor driften Ranges A. Malentschikow zeigt Schmuggelperlen. Diesmal war die „Beute“ ziemlich reich.

Foto: KasTAg



Meschet-Türken reisen zu ihren Wohnorten

Die Meschet-Türken, die auf dem Stadion in Adler ein Lager aufgebaut hatten, um nach Georgien zu gehen, reisen zu ihren Wohnorten ab.

Dadurch wurden Spannungen in Georgien verringert, wo bereits seit mehreren Monaten Kundgebungen in Städten und Dörfern stattfanden, deren Teilnehmer entschieden gegen die Einreise von Zehntausenden Meschet-Türken protestierten, die sich in Georgien ansiedeln wollten.

Zur Aufhebung der Aktion hatten Verhandlungen von Vertretern von Parteien und Organisationen, die im „runden Tisch“ der nationalen Befreiungsbewegung Georgiens vereint sind, sowie der führenden Repräsentanten Abchasiens und Sotschmis mit Delegierten der Meschet-Türken be-

gegraben. Die Verhandlungsteilnehmer äußerten ihr Mitgefühl mit dem Schicksal der Meschet-Türken und deren Problemen, die allerdings in erster Linie auf gesetzwidrigen Wege und nicht mit Gewalt, ohne Berücksichtigung der Lage in Georgien, der konkreten Realien und der Stimmungen der Menschen gelöst werden können.

Die Lage an der Grenze zwischen Georgien und der Russischen Föderation normalisiert sich. Am Montagmorgen wurden die verstärkten Militärposten und Truppenteile des Innenministeriums der Republik abgezogen. Auch die von der Zivilbevölkerung aufgestellten Streikposten wurden beseitigt.

(TASS)

Zwischennationale Probleme erörtert

Ein Plenum des Gebietsparteikomitees der Stadt Osch in Kirgisien hat den zwischennationalen Konflikt im Gebiet und Maßnahmen zur Gesundung und Stabilisierung der Situation behandelt.

Wie es auf dem Plenum hieß, waren die tragischen Ereignisse im Gebiet eine Folge sozialökonomischer Entstellungen in der sozialökonomischen Entwicklung, im kulturellen Aufbau und in den zwischennationalen Beziehungen. Das Gebiets- und das Stadtparteikomitee sowie die Bezirkspartei-komitees hatten bei ihrer Kader-

politik die Vielfalt der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung nicht in vollem Maße berücksichtigt. Als Folge wurden besonders bei der Bildung von Kadern der Rechtsschutzorgane und in einigen anderen überaus wichtigen Bereichen Disproportionen zugelassen. All dies war Nährboden für die Zunahme der sozialen Spannungen und die Entstehung einer explosiven Situation.

Auf dem Plenum wurden Maßnahmen zur Beseitigung dieser Fehler konzipiert. Spannungen in den Beziehun-

gen zwischen Kirgisen und Usbeken (die Einwohnerzahl der letzteren beläuft sich in diesem Gebiet auf mehr als 500 000 und macht ein Viertel der gesamten Bevölkerung dieses Raumes aus) nehmen bereits seit dem Mai zu. Damals hat die usbekische Informelle Vereinigung „Adjalat“ die Forderung gestellt, eine usbekische Autonomie im Rahmen der Kirgisischen SSR zu bilden. Die kirgisischen Informellen aus der Organisation „Osch-Almay“ forderten ihnen Boden für individuelle Bebauung freizugeben. Die Partei- und Sowjetführung, die

die Situation nicht richtig eingeschätzt hatte, faßte den Beschluß, den Boden bereitzustellen. Das provozierte die Zusammenstöße.

Nach den jüngsten offiziellen Angaben sind bei den Zusammenstößen im Gebiet Osch am 4. Juni und am 14. Juli 230 Personen ums Leben gekommen. Weitere rund 400 Personen werden vermißt. Es gab mehr als 2 000 Verletzte. Rund 500 Bauten und rund 100 Autos wurden in Brand gesteckt. Ein Teil der Ernte ging verloren. Der Volkswirtschaft Kirgisien wurde ein Schaden von mehr als 40 Millionen Rubel zugefügt.

(TASS)

Lenin und Stalin: Zwei Standpunkte zur Nationalitätenfrage

Jahrzehntlang hat man uns die Losung der Kultzeil „Stalin — das ist Lenin von heute“ eingetrichtert. Zur Zeit ist eine andere Losung Mode geworden: „Lenin — das ist Stalin von gestern“. Tatsächlich, nachdem Wladimir Iljitsch auf Anraten L. Kamenews Stalin für den neuen Posten des Generalsekretärs in der Partei empfohlen hatte, den er als rein technisch und organisatorisch betrachtete, begann er bereits im Sommer und Herbst, als er während seiner Krankheit Stalin näher kennenlernte, gegen den

künftigen Tyrannen zu kämpfen. Und im Winter, schon als schwerkranker Mann, richtete er einen Brief an den XII. Parteitag mit der Forderung, Stalin dieses Postens zu entheben. Die Krankheit verhinderte ihn daran, tiefgehende politische Wandlungen und, hauptsächlich, eine radikale Veränderung des Standpunkts bezüglich des Aufbaus des Sozialismus und der Entscheidung der sehr komplizierten Nationalitätenfrage herbeizuführen.

Wie vor ihre Unabhängigkeit: Sowjetrußland und diese Republiken hatten miteinander einen militärpolitischen Bündnisvertrag geschlossen. Innerhalb Sowjetrußlands hatte man schon einige Autonomien ausgesondert, und zwar die Tatarische und die Baschkirische Republik, später kamen noch weitere hinzu.

Was bedeutete die „Selbstbestimmung der Nationen“ als Prinzip der Nationalitätenpolitik?

Hier muß man sich in die Theorie vertiefen. Unter der Vielzahl von Nuancen und Standpunkten verschiedener sozialer Kräfte bezüglich der Nationalitätenpolitik gibt es drei Grundprinzipien, die deren ganze Vielfalt bestimmen und auch erschöpfen.

Das erste besteht in der vollständigen Negierung sämtlicher nationalen Rechte.

Diese Haltung ist bezeichnend für die äußersten politischen Rechtsströmungen, dabei machen die äußersten Konservativen eine Ausnahme für die herrschende Nation, die radikalen Revolutionäre machen theoretisch keine Ausnahmen, doch das ändert kaum etwas am Wesen der Sache. Das Abhandeln nationaler Rechte wird durch die soziale Vorherrschaft der Vertreter der faktisch dominierenden Nation ersetzt. Dabei ist es nicht von Bedeutung, wer sie repräsentiert — Gutsbesitzer, Kolonisationsbürokrat.

Das zweite Prinzip anerkennt

verschiedene Rechte der Nationen, jedoch unter verbindlichem Ausschluß aller Fülle der politischen Rechte, d. h. unter Ausschluß des Rechts der Nation auf ein eigenes historisches Schicksal, auf Unabhängigkeit und auf einen selbständigen Staat.

Dieser Standpunkt hat eine Unmenge von Abstufungen je nach der Zuerkennung dieser oder anderer Rechte den Nationen und wird von einer Vielfalt politischer Parteien vertreten. Dieses Prinzip ist dasjenige der national-kulturellen Autonomie, weil ihr Wesen in der Anerkennung gerade nur der kulturellen Autonomie der Nationen besteht.

Das dritte der Grundprinzipien anerkennt die ganze Fülle der Rechte der Nationen, einschließlich ihrer politischen Rechte und besteht dabei auf der Freiheit der politischen Selbstbestimmung der Nationen; eben dadurch unterscheidet sich dieses Prinzip vom zweiten. Selbstverständlich wird die Selbstbestimmung der Nationen entweder anerkannt oder nicht anerkannt. Abstufungen gibt es da nicht. Diese Position ist für die radikalen revolutionären Parteien, vor allem für die weltweite Arbeiterbewegung kennzeichnend.

Jedem der Grundprinzipien entspricht die entsprechende Nationalitätenpolitik. Dem Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen — die Politik des proletarischen Internationalismus. Dem

Prinzip der national-kulturellen Autonomie — die Politik des bürgerlichen Nationalismus. Um das erste Prinzip aber — die Negierung der nationalen Rechte — ist es komplizierter bestellt. Wo die Ausbeutung anderer Völker von bürgerlich-gesellschaftlichem Charakter war, dort gewann die entsprechende Politik die schlimmste Form des bürgerlichen Nationalismus, und zwar des Chauvinismus.

Es gab aber eine andere Art der Ausbeutung der Nationalitäten, nicht die gesellschaftliche, sondern die staatliche. Gerade diese Art ist vor allem für Rußland bezeichnend. Hier gab es keine großen kolonialen Gesellschaften zur Ausbeutung der Ostseegebiete oder der Ukraine, Transkaukasiens oder Mittelasiens, wie z. B. die Östindische Kompanie. Mehr noch, gerade in den westlichen Randgebieten, Rußlands, in Ostseegebieten, in Finnland und Polen war der Kapitalismus stärker entwickelt, und, hauptsächlich, er drang in alle sozialen Verhältnisse tiefer ein als in Rußland. Das stellte die Ausbeutung der nationalen Randgebiete nicht in Abrede, doch dieses Joch trug keinen gesellschaftlichen, sondern einen staatlichen Charakter. Nicht die russische Gesellschaft und auch nicht das russische Volk unterdrückten andere Nationalitäten, sondern der russische Staat, die Selbstherrschafft, die Bürokratie. Diese unterdrückten das russische Volk ebenso wie die anderen Völker des Reichs auch — ökonomisch, politisch und kulturell. Diese Politik der Unterdrückung wird als Großmachtchauvinismus bezeichnet.

Das politische Großmachtbewußtsein war dem Hauswart wie auch dem Fürsten aus dem „Bund des russischen Volkes“, dem Professor aus der Oktjabristen-

Partei, dem partellosen Offizier und ebenso dem russischen Kleinbürger in gleicher Weise eigen. Dieses Großmachtssyndrom war bedeutend weiter verbreitet, als man es sich im Zusammenhang mit der Differenzierung nach Parteizugehörigkeit vorstellte.

Daher ist es klar, daß der Eroberercharakter des Sieges im Bürgerkrieg, „Wir haben Rußland erobert“ — Lenin und auch die Landstraditionen kenneswegs die Politik des proletarischen Internationalismus förderten. Und dennoch hat diese Politik gestegt.

Der Standpunkt der Partei

Wie waren nun die Ansichten der Partei bezüglich der Nationalitätenfrage in dieser Zeit? Im Jahre 1919 wurde auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands ihr neues Programm erörtert. Die Hauptdiskussion entbrannte hier gerade über die Nationalitätenfrage.

Lenin verteidigte das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen — die Politik des proletarischen Internationalismus.

Pjatakow trat gegen jegliche Selbstbestimmung auf. Er wurde von Suniza und Tomska unterstützt.

selbe indifferente, einstweilen gleichgültige Verhalten zu seiner nationalen Herkunft.

Obwohl die Position Lenins im Grunde genommen von keinem Redner unterstützt wurde, bestand er auf seiner Formulierung, und der Parteitag nahm sie an.

Als Volkskommissar für nationale Angelegenheiten beteiligte sich Stalin nicht an der Diskussion über die Nationalitätenfrage auf dem Parteitag. Er hüllte sich in Schweigen und ging auf keine Auseinandersetzung mit Lenin.

Somit traten im Jahre 1919 in der Partei ganz offen alle wichtigsten politischen Prinzipien zur Nationalitätenfrage zutage.

Rjasanow, einer der Delegierten des Parteitags und künftiger Direktor des Marx-Lenin-Instituts, stellte damals fest, daß die Partei überhaupt noch nicht vorbereitet sei, über die Frage des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung zu entscheiden. Das stimmt wohl auch, Was es in Rußland gab, das gab es auch in der Partei. Deshalb war die Situation krisenschwanger. Und dann war im Jahre 1919 die drohende Krise da.

Der politische Kampf in der Parteiführung in den Jahren 1922 und 1923 hing größtenteils mit der Veränderung der Nationalitätenpolitik der Kommunistischen Partei Rußlands (B) zusammen und führte allmählich zur Stalinischen national-staatlichen Umgestaltung des Landes und zur Schaffung eines Unitarstaates statt einer Föderation unabhängiger gleichberechtigter Republiken.

Viktor DOROSCHENKO, Historiker (IAN)

(Schluß folgt)

Was uns bewegt

Ein Defizit an Sorge umeinander

„Das Obst und Gemüse auf dem Markt ist für mich zu teuer“, erfahren wir von einer Stadtführerin — und von einer deutschstämmigen Familie in Alma-Ata hören wir: „Wir mußten zwölf Jahre lang auf eine Wohnung warten“. Zwei Aussagen, die die Lebensbedingungen vieler Menschen in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken sichtbar machen und uns erschütterten. Wir — eine Gruppe Bremer Lehrer und Lehrerinnen — waren ins ferne Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan gereist, um die „Heimat“ unserer neuen Schüler von dort kennenzulernen und zu verstehen, warum sie und ihre Eltern in die BRD auswandern.

Daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs wie z. B. Seife oder auch Müll- und Haushaltsgeräten so schlecht sein würde, hatten wir uns nicht vorgestellt, und wir gewannen den Eindruck, daß es sehr viel Kraft kosten muß, den Alltag zu bewältigen und eine Familie zu versorgen. Die Frauen sind offenbar besonders belastet durch Berufstätigkeit, Haushalt und zeitaufwendiges Einkaufen ohne die für uns westdeutsche Frauen selbstverständliche Entlastung durch elektrische Haushaltsgeräte. Den Müttern und Vätern unter uns fiel auf, daß sehr kleine Kinder von etwa einhalb Jahren keine Windeln tragen; verwöhnt durch den Gebrauch von Wegwerfwindeln können wir es uns leisten, mit der Sauberkeits-erziehung unserer Kleinkinder erst viel später zu beginnen.

Mit nach Hause nahmen wir den Vorsatz, in unserem Alltag etwas bescheidener zu sein und unsere materiellen Ansprüche zu reduzieren. Auf der politischen Ebene weckte das offensichtliche Leben mit Defiziten und Benachteiligungen in der Sowjetunion in uns Verständnis für den Wunsch von Deutschstämmigen, in die BRD auszuwandern. Gleichzeitig befürchteten wir, daß sie, am Ziel ihrer Wünsche angelangt, eine neue Mangelerscheinung erfahren werden: ein Defizit an Interesse am Mitmenschen, an Sorge und Bemühen umeinander, wie es im sowjetischen Alltag nach unserem Eindruck selbstverständlich ist.

Nachdem wir die reale Lage in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken erlebt und von den Hoffnungen der Menschen auf Reformen viel gehört haben, erschrecken uns Nachrichten, daß gerade die politischen Vertreter dieser Republiken sich innerhalb der KPdSU gegen die Reformpolitik wehren und die konservativen Kräfte unterstützen. Dies kann nach unseren Eindrücken nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung sein.

Renate BALZER, Stephan MICHAEL, Schullehrer
Bremen BRD

Schmuggelgut beschlagnahmt

Mehrere Versuche, große Geldsummen sowie Erzeugnisse aus Edelmetallen und -metallen aus der UdSSR illegal auszuführen, haben sowjetische Beamte in der vorigen Woche in Brest vereitelt. Wie aus der Hauptzollverwaltung des Ministerrates der UdSSR verlautet, wurden am 8. August bei der Zollkontrolle des Reisezuges Moskau — Warschau unter dem Fenster eines Abteils 20 Kilogramm Schmuck und Edelmetallschrott entdeckt. Der Wert des Fundes lag bei 1,1 Millionen Rubel. Zwei Tage später wurde im Deckenraum eines Waggons des gleichen Zuges weitere Konterbande im Wert von mehr als 300 000 Rubel gefunden. Bisher gelang es nicht, die Personen, die dieses Gepäck mit sich führten, und die Empfänger zu ermitteln.

Am Donnerstag wurden im Zug Moskau — Berlin eine große Summe sowjetischen Geldes und eine Partie von Armbanduhren beschlagnahmt. Am Sonnabend entdeckten Zollbeamte eine große Summe sowjetischen Geldes und 1 000 elektronische Uhren, die im Dieselraum der Lokomotive des Zuges Berlin — Kiew versteckt worden waren. (TASS)



PANORAMA

Heilbronner Pershing-2-Depot Waldheide freigegeben

Der amerikanische Pershing-2-Stützpunkt Waldheide bei Heilbronn soll geräumt und für die zivile Nutzung freigegeben werden. Dies haben laut AP der kommandierende General des VII. US-Korpus, Frederik Franks, und der Baden-Württembergische Ministerpräsident Lothar Späth vergangene Woche in Stuttgart bekanntgegeben.

Wie es hieß, habe die US-Armee für die NATO-Einrichtungen keinen Bedarf mehr, nachdem am 26. April die letzten neun der einst 40 Pershing-2-Raketen dort abgezogen worden waren. Damit war die Stationierung von Atomwaffen in Heilbronn nach 26 Jahren beendet worden. Den Angaben zufolge will die amerikanische Armee die 45 Hektar große Waldheide dem Bundesverteidigungsministerium übergeben.

Späth bezeichnet es als eine „besondere Geste“ der Amerikaner, daß sie keine Wünsche hinsichtlich der künftigen Nutzung der Waldheide angemeldet hätten.

ten. Der CDU-Politiker äußerte die Erwartung, daß das in die Verfügung des Bundes übergehende Gelände der Stadt Heilbronn überlassen wird. Der Heilbronner Gemeinderat hatte sich bereits mehrfach dafür ausgesprochen, die Waldheide künftig als Naherholungsgebiet zu nutzen. In der Vergangenheit war die Waldheide mehrfach Ziel von Protestdemonstrationen und Kundgebungen der Friedensbewegung gewesen.

Nach dem im Dezember 1987 unterzeichneten amerikanisch-sowjetischen Vertrag über den Abbau der landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa sollen alle derzeit noch in den süddeutschen Raketendepots Mutlangen und Neu-Ulm stationierten Pershing-2-Raketen bis 31. Mai 1991 abgezogen sein. Gegenwärtig sind dort noch je 27 Pershing-2 stationiert. Insgesamt sind für die Giftgastransporte rund 30 Werkzeuge vorgesehen.

Apartheid treibt weiße Südafrikaner weiter ins Exil

Die in Südafrika weiter praktizierte Apartheidpolitik treibt trotz der von Präsident De Klerk angestrebten Veränderungen jährlich Tausende weiße Südafrikaner ins Exil. Jedes Jahr, so stellte das Zentrum für politische Studien (CPS) der Universität Witwatersrand in einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung fest, verlassen mindestens 4 500 Hochschulabsolventen sofort nach dem Examen den Apartheidstaat, weil sie den Wehrdienst in den Streitkräften des Rassistensystems ablehnen. Diese Zahl entspricht etwa einem Viertel der Studentinnen und Studenten, die in Südafrika jährlich ein Universitätsexamen ablegen. Dieser „Brain drain“ gefährde die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes

auch nach dem Zusammenbruch des Apartheidsystems, stellte die vielgelesene liberale Zeitung „The Star“ kürzlich fest. Schon jetzt sei abzusehen, daß im Jahr 2000 wenigstens 228 000 Spezialisten mit Universitätsbildung fehlen werden. Da diese offenen Stellen nicht durch Einwanderer aus Osteuropa oder anderen osteuropäischen Ländern besetzt werden könnten, müßten die eigenen Reserven besser genutzt und mehr Schwarzen ein Studium ermöglicht werden. Jetzt räche sich das von der Regierung geschaffene minderwertige Bantu-Erziehungssystem, das riesige Teile der schwarzen Bevölkerung von jeder Bildung ausschloß oder ihnen nur geringe Kenntnisse vermittelte, schreibt die Zeitung.



Der große Katzenbär namens Bao-Bao lebt in Westberlin. Der hierher 1990 aus China gebrachte Bambusbär ist der Liebling ausnahmslos aller Besucher des örtlichen Tiergartens, in dem 14 590 verschiedene Vertreter der Weltfauna gehalten werden. Das nette Tier ernährt sich selbstverständlich hauptsächlich von den Trieben und Stengeln des aus Südafreich importierten Bambus. Als zusätzliche Nahrung bekommt er eine Suppe mit Reis, Mais, Sojamehl oder Gemüse, und zum Nachtisch wird er gewöhnlich mit Äpfeln und Zuckerrohr bewirtet.

Foto: ADN-TASS

Ein modernes Tierheim tut not

Lautes Bellen tönt aus den geöffneten Fenstern des Souterrains unter den beiden letzten S-Bahnbögen vor der Jannowitzbrücke, nicht weit vom Berliner Alexanderplatz. Seit über hundert Jahren schon befindet sich hier ein Tierheim. Der Deutsche Tierschutzbund Berlin, der sich aus dem 1841 gegründeten „Verein gegen Tierquälerei“ entwickelt hatte, erwarb 1886 diese Räumlichkeiten und begann zwei Jahre später mit amtlicher Ermächtigung, streunende Hunde einzufangen, die hier untergebracht wurden. Er stellte auch Straßeninspektoren ein, die die Tierhaltung in der Stadt kontrollierten.

Heute ist das Tierheim dem Beirat für Tierschutz und Tierhygiene zugeordnet, der sich nach dem Niedergang der Tierschutzvereine in der DDR im Veterinärwesen gebildet hatte und 1986 durch den damaligen Oberbürgermeister neu berufen wurde. Rund 600 Hunde, 400 Katzen und 200 Exoten — Vögel, Meerschweinchen und dergleichen — nimmt das Heim im Laufe eines Jahres in Pension, wenn deren Besitzer verreisen oder erkranken. Auch ungefähr 2 400 Findlingshunde werden Jahr für Jahr hier untergebracht, darunter so manche Kreatur, die Menschen vor dem Antritt einer Ferienreise erbarmungslos aussetzen, sommers wie winters. Während 800 bis 900 der aufgegriffenen Hunde den Besitzern wieder zugeführt werden können, wird ein noch größerer Teil — 1 200 bis 1 300 — in ein neues Zuhause vermittelt. Das ist nicht schwierig, die Nachfrage ist groß. Nur ein geringer Teil der Tiere, unheilbar kranke oder altersschwache, wird eingeschläfert, um ihnen Leiden zu ersparen.

Verwilderte Hunde, wie sie in den ein oder anderen europäischen Großstadt eine Plage sind, gibt es in Berlin nicht. Zu den Leistungen des Tierheims, dessen Tierärzte, Veterinärkassente und Pfleger den Bürgern zu Konsultationen zur Verfügung stehen, gehören außerdem Rettungsdienste für Heim- und Wildtiere und die Quarantänestation, auf der Tiere beispielsweise bei Tollwutverdacht unter tierärztliche Kontrolle genommen werden.

Ein Tierheim mit solchem Profil, so Oberveterinär Dr. Walter Schindler, der den Beirat für Tierschutz und Tierhygiene leitet, ist nur mit finanzieller Unterstützung durch Staat, Land oder Staat zu betreiben, wofür es dem Gemeinwesen wichtige Dienstleistungen erbringt. Insofern unterscheidet es sich von der kommerziell betriebenen Tierpension oder dem Tiersyl, in dem Tiere so lange unterhalten werden, bis sie eines natürlichen Todes sterben.

Als ihm der wohlhabende Westberliner Tierschutzverein Anfang des Jahres als Hilfe zur Selbsthilfe eine Summe von 300 000 DM deklarierte, so Dr. Schindler, sei die Freude im Tierheim Jannowitzbrücke groß gewesen. Doch ebenso groß sei seine Enttäuschung, daß man damit kürzlich wieder einen Rückschlag gemacht habe.

Bei einem Rundgang wird dem Besucher bestätigt, was er ohnehin vermutete: Daß nämlich dieser Ort unter der Jannowitzbrücke nur überaus bescheidene und nicht mehr zeitgemäße Bedingungen bietet. Die Anstrengungen der Mitarbeiter sind zwar spürbar, alles ist sauber, die „Pensionsgäste“ gut versorgt. Täglich macht der Tierarzt Visite. Eine kleine Hündin hat am Vortage zwei winzige Junge geworfen. Sie zeigt vorbildliche Muttergüte, alle drei fühlen sich offensichtlich bestens.

„Es gebe zur Zeit viele Leute, die eine private Tierpension aufmachen wollen, sagt der Oberveterinär Dr. Schindler. Doch werde zumeist unterschätzt, was dazu nötig ist. Ein großer Teil der Antragsteller hat weder die fachlichen noch die räumlichen Voraussetzungen. Eine Stadt wie Berlin, wo allein im Ostteil rund 50 000 Hunde leben und 100 000 Katzen — davon allerdings ungefähr 40 000 verwilderte, die sich immer weiter vermehren, ein echtes Problem wegen der möglichen Übertragung von Tollwut und schwere Allergien auslösenden Katzflöhen — braucht ein modernes Tierheim. Auch das vorbildliche Westberliner Tierheim tut not für die ganze Stadt zu klein und von der Lage her auch nicht entsprechend ausbaufähig, meint Dr. Schindler. Er kennt

eine ganze Reihe der über 300 meist hochmodernen Tierheime der Bundesrepublik aus eigener Anschauung. Seine Idee ist, im wiedervereinigten Berlin die Tierheime Jannowitzbrücke und Lankwitz als Auffangstationen zu nutzen. In Hohenschönhausen wird ein neues Tierheim gebaut, wo seines Wissens die Rindermast eines volkseigenen Gutes ausläuft, könne man auf dessen Gelände eine musterghütige Tierpension schaffen und kommerziell betreiben. Eine Studie dafür liegt schon vor. Und in Adlershof, wo das Tierheim die Zwingeranlage eines ehemaligen Stasi-Geländes übernimmt hat, sei es möglich, die Quarantänestation einzurichten.

Natürlich kann die endgültige Lösung nur gemeinsam mit den Westberliner Fachleuten gefunden werden. Man hört, daß ihnen Hohenschönhausen zu abgelegen sei, sie suchten eine Fläche von 30 000 Quadratmetern im Ostteil der Stadt. Doch das dürfte schwierig werden.

Ein DDR-Tierschutzgesetz, um das Lange gerungen worden ist, wird nun nicht mehr verabschiedet. Obwohl in dem bereits erarbeiteten Entwurf auch seine Arbeit steckt, findet Dr. Schindler es nicht schlecht, daß der BRD zu übernehmen. Er würde sich freuen, wenn auch die Einrichtung der Hundesteuer und Abschlachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Impfungen wie in den USA und der BRD für jedes Jahr einer würden, wodurch die ganze Sache für die Ordnungshüter besser kontrollierbar wäre. Denn es ist eine gesicherte Erkenntnis, daß sich viele Hundehalter — vor allem jüngere Familien — dieser Pflicht entziehen. Die Leute vom Tierheim haben errechnet, daß damit der Stadt gegenwärtig eine Steuersumme verlorengeht, die bald an die 600 000 Mark heranreicht.

Brigitta BUHE

Begrenzung finanzieller Risiken für Berlin gefordert

Westberlins Finanzsenator Dr. Norbert Melsner hat angesichts der Verhandlungen zum Einigungsvertrag für Regelungen gewarnt, die die Sonderrolle Berlins mißachten und die Zukunft der Stadt auf unabsehbare Zeit belasten würden. Diese Sonderrolle, die durch das Zusammenwachsen der Stadt bedingt und von der Bevölkerung nicht zu verantworten sei, drohe gegenüber anderen wichtigen Fragen unterzugehen. Er forderte von der Bundesregierung, die finanziellen Risiken für Berlin zu begrenzen.

Zu der langen Liste der Probleme, für die individuelle Lösungen erarbeitet werden müßten, gehöre die hohe Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst. Die Angaben schwanken zwischen über 100 000 und mehr als 220 000, die genaue Größe und die Qualifikation der Mitarbeiter sei weitgehend unbekannt, sagte Melsner. Dies schließe nach seiner Ansicht eine schematische Übernahme ganzer Dienststellen nach der Vereinigung beider Teile Berlins aus. Er forderte die Gewerkschaften und die öffentli-

chen Arbeitgeber auf, sich über einen mehrjährigen Prozeß der Angleichung der Gehälter zu verständigen. Eine schnelle Anpassung könne die Stadt nicht verkraften.

Auf dem Gebiet der Kultur komme es darauf an, der weit über die Stadt hinaus reichenden, teilweise internationalen Bedeutung Ostberliner Einrichtungen gerecht zu werden. Die Kosten dafür, die allein für die Sanierung der Museumsinsel auf zwei Milliarden DM geschätzt

werden, könne die Stadt nicht allein tragen. Auch durch die Konzentration wissenschaftlicher Einrichtungen in Ostberlin, die für die gesamte DDR tätig werden, kämen nach der Vereinigung überdimensionierte Ausgaben auf die Stadt zu. Ein Sonderproblem stelle dabei die Akademie der Wissenschaften dar. Hier müsse geprüft werden, ob die Akademie gehörenden Einrichtungen in den Kreis der überregional finanzierten Forschungseinrichtungen einbezogen werden könnten.

Werbespots im USA-Kinderfernsehen soll reduziert werden

Die amerikanischen Kinder sollen künftig während der für sie bestimmten Programme weniger Werbespots ausgesetzt sein. Ein entsprechendes Gesetz nahm kürzlich das USA-Repräsentantenhaus an. Der Senat hatte zuvor seiner Version des sogenannten „Children's television act“ die Zustimmung gegeben. Beide Entwürfe sehen vor, die Zeiten für Werbung in Kindersendungen an Wochenenden auf zehnhalb Minuten und an Werktagen auf zwölf Minuten pro Stunde zu begrenzen.

Bis 1984 hatte das Limit für Werbung an den Wochenenden sogar bei neunzehn Minuten gelegen. Mit der Aufhebung dieser Beschränkung unter der Reagan-Administration wählten sich in den vergangenen sechs Jahren die Werbetreibenden immer mehr aus. Nach Untersuchungen des Repräsentantenhauses verbringt ein Kind in den USA bis zu seinem 18. Lebensjahr durchschnittlich 10 000 bis 15 000 Stunden vor dem Fernseher — das ist mehr Zeit als auf der Schulbank. Rund 200 000 Werbespots wirken dabei auf die Minderjährigen ein. Der Abgeordnete Edward Markey, Hauptautor der Gesetzesvor-

lage für das Repräsentantenhaus, verglich die für Kinder bestimmten Sendungen mit dem Katalog eines Spielzeugwarenhäuses.

Das Gesetz will auch die Lizenzerneuerung der Fernsehstationen von einem bestimmten Anteil an Bildungssendungen in ihren Programmen abhängig machen. Über die Höhe dieses Anteils soll die Bundesbehörde für Kommunikationswesen entscheiden. Ein ähnliches, 1988 von einer überwältigenden Mehrheit im Kongreß verabschiedetes Gesetz war damals durch einen geschickten Schachzug Ronald Reagans gestorben, der sein Veto erst eingelegt hatte, als der Kongreß seine Legislaturperiode beendet hatte und sein „No“ dadurch nicht mehr überstimmen konnte. Welche Entscheidung George Bush treffen wird, bleibt abzuwarten.

Das Justizministerium jedenfalls hat bereits offen seine Gegnerschaft erklärt und will dem Präsidenten zu einem Veto raten. Bevor die Vorlage jedoch zum Weißen Haus gesandt werden kann, müssen Vertreter beider Häuser des Kongresses noch einige divergierende Punkte zwischen ihren Versionen ausräumen.

Harmonischer Besuch in Singapur

Der Singapur-Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng, der am Montag in der thailändischen Hauptstadt Bangkok eingetroffen ist, stand im Zeichen der bevorstehenden Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten. Seine Gespräche mit Premierminister Lee Kuan Yew und dessen Nachfolger Goh Chok Tong zu bilateralen und internationalen Fragen verliefen harmonisch und brachten weitgehende Übereinstimmung. Li Peng bekräftigte das Interesse seiner Regierung am schnellstmöglichen Botschafteraustausch und seine singapurischen Gesprächspartner versicherten, bei einer fortgesetzten Politik der Öffnung würden sich für Peking äußerst günstige Perspektiven für die ökonomische Kooperation nicht nur mit Singapur, sondern mit der gesamten Vereinigung süd-ostasiatischer Staaten (ASEAN) ergeben.

Der chinesische Politiker äußerte auch Verständnis für Singapurs Interesse an einer starken nationalen Verteidigung und bezeichnete die dem Stadtstaat in Taiwan eingeräumten militärischen Übungsmöglichkeiten als eine „vollendete Tatsache“, die kein Hindernis für korrekte staatliche Beziehungen mit Peking sein sollte. Über den Botschafteraustausch sei prinzipiell Einvernehmen erreicht worden. Einige technische Fragen könnten rasch geklärt werden.

Einig waren sich beide Seiten auch hinsichtlich der Ablehnung der amerikanischen Haltung in der Kambodschafrage. Entgegen der Position des Weißen Hauses sprachen sich Li Peng und Lee Kuan Yew für die weitere Okkupation des kambodschanischen UNO-Sitzes durch die Exilregierung Sihanouks bis zu einer umfassenden Verhandlungslösung aus.



Während des Urlaubs in anderen Städten und fremden Ländern bemühen wir uns immer, Souvenirs mitzubringen, die uns an die Ferientage und ihren Einwohner erinnern würden. In Prag zum Beispiel können Sie direkt an der Vltava-Uferstraße vorfindliche Souvenirs — Kopien altertümlicher Münzen, die in Ihrem Beisein angefertigt werden, — kaufen. Unser Bild: Bronzekopien von Münzen aus dem 14. Jahrhundert. Die Echten wurden aus Gold geprägt. Foto: TASS

Ungarns Unterwelt „erholt“ sich am Balaton

Polizei steht der jüngsten Verbrechenswelle hilflos gegenüber

Es ist heiß dieser Tage am Balaton, heißer als anderswo in Ungarn. Daran ist nicht das Wetter, sondern eine Erscheinung schuld, die ausnahmsweise in ihrer ungarischen Variante ebenso klingt wie überall auf der Welt: „A Maffia“.

Das Geschäft mit dem Massentourismus hat den Plattensee neben der Zwei-Millionen-Metropole Budapest zum Eldorado des organisierten Verbrechens gemacht. Diebstahl, Glücksspiele, Drogen, Prostitution und illegale Devisengeschäfte blühen, selbst vor Mord schreckt man nicht mehr zurück. Ende Juli erschloß man einen Hotelportier in Siofok. Über Sitten und Gebräuche der „Alykag“ der Unterwelt, packte dieser Tage ein Mafiosus aus. Er erzählte, daß zwei große militärisch organisierte Banden Nord- und Südober des Balatons unter sich aufgeteilt haben. Brigaden treiben „Schutzgebühren“ ein. Während es zur Eröffnung eines Imbißstandes 100 000 Forint bedarf, zahlt ein kleinerer Bar-

besitzer bereits 15 000 Forint pro Tag für seine Ruhe. Die ständig von bewaffneten Leibwächern eskortierten Bandenchefs sollen auf diese Weise täglich bis zu 1 Million Forint „verdienen“. Ähnliche Praktiken gehören seit Jahren, so der Kriminelle, zum Alltag in Budapest.

Die ohnehin mit einem schlechten Image ringende Polizei steht dem Treiben hilflos gegenüber. Sie ist personell und finanziell in allen Belangen überfordert. Designiert gestand ein verantwortlicher Beamter, man wisse nur noch ungefähr, was im einzelnen abläuft. So gebe es verlässliche Informationen, daß das „magyarische Syndikat im großen Stil mit hunderten Millionen Forint in die Wirtschaft eingestiegen sei.“

Die ohnmächtigen Ordnungshüter werden von den aufbrechenden sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft und der damit einhergehenden Verbrechenswelle überrollt. In den ersten sechs Monaten 1990 zählte man mit 139 166 Straftaten 40 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Immer häufiger gehen die Schuldigen straffrei aus, die Aufklärungsrate fiel landesweit im Durchschnitt auf 46,5 Prozent, in Budapest gar auf 30,6 Prozent.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Doch die Vernunft siegte

Ein bemerkenswertes Ereignis ist an der Grenze der zwei Berlins vor der Eröffnung in der DDR-Hauptstadt des zweiten Treffens der Außenminister der deutschen Staaten und der vier Sieger-Großmächte nach der Formel „Zwei plus vier“ zur Regelung der Außenaspekte der Vereinigung Deutschlands geschehen. Hier fand die feierliche Zeremonie der Liquidation der Kontroll-Durchlaßstelle der Verbündeten „Checkpoint Charles“ statt. Dieser Bau wurde mit Hilfe eines Krans auf einen Lastzug verladen und ins Museum abtransportiert.

Unser Bild: Oktober 1961. Konfrontation ehemaliger Verbündeter. Doch die Vernunft siegte.

Foto: TASS

Opfer und Täter?

Bürgermeisterdisput um
Japans Kriegsschuld

45 Jahre nach dem Atombombenabwurf ist ein Disput zwischen den Bürgermeistern von Hiroshima und Nagasaki entbrannt über die nationale Elgensschuld an der Katastrophe. Nach offizieller Lesart ist Japan das Opfer, definitiv und ausschließlich, Takeshi Araki aus Hiroshima — der selbst den grausigen Atomschlag durch Zufall überlebte — steht dazu, auch wenn er Japans Anteil am pazifischen Krieg bedauert. Schon die Wahl des Begriffes deutet darauf hin, daß die Historie auf den fernöstlichen Inseln eigenartig gelesen wird, als ob es die Achse Berlin-Tokio — Rom nie gegen hat. Was auf dem asiatischen Kriegsschauplatz geschah, scheint aus dem Japanischen Bewußtsein längst verdrängt oder war nie davon erfaßt. Das Stadtoberhaupt von Hiroshima meint, jedem Japaner moralische Verantwortung für die Schrecken zu übernehmen, die Nipponsoldaten im Namen des Kaisers anrichteten. Er selbst bedauere, die „Unannehmlichkeiten für die Völker Asiens im letzten Krieg“, wie Araki der Zeitung „Japan times“ erklärte. Viele Japaner lehnen selbst eine so vorsichtig geäußerte Mitschuld ab.

Nagasakis Bürgermeister Hitoshi Motoshima sieht die historischen Zusammenhänge anders. Er erinnert, schließlich habe Japan den 2. Weltkrieg in Asien begonnen, das chinesische Volk masakriert und auch Pearl Harbor bombardiert. Kaiser Hirohito habe viel zu spät kapituliert und mit der Kriegsverlängerung moralische Mitschuld für die Toten von Hiroshima und Nagasaki auf sich geladen. Diese Denkwürdigkeit hat ihm viele Feinde eingebracht — politisch und physisch. Noch ist der von Hause aus eher konservative Politiker gezeichnet von einem Attentat im März, als ihm ein Rechtsradikaler mit Pistolenschüssen ans Leben wollte. Der 67jährige bleibt mutig. Er sprach bei seiner Gedenkrede zum Atombombenabwurf auf Nagasaki erstmals auch von den Zehntausenden koreanischen und chinesischen Opfern, die während des Krieges als Zwangsarbeiter nach Japan gebracht wurden und dort grausam starben.

Verschlechterung der sozialen Lage in Bulgarien

In Bulgarien sind im 1. Halbjahr 1990 etwa sieben Prozent mehr finanzielle Mittel für soziale Zwecke als im gleichen Zeitraum des Vorjahres ausgegeben worden — insgesamt rund zwei Milliarden Lewa. Die Erhöhung der Mindestrente auf monatlich 100 Lewa, der Stipendien für Studenten und von Zuwendungen an junge Familien haben eine spürbare Verschlechterung der Lebensverhältnisse für große Bevölkerungsgruppen nicht verhindert. Von den 2,3 Millionen Rentnern — fast 30 Prozent der Bevölkerung — erhalten 44 Prozent die Mindestrente. Noch vor den jüngsten Preiserhöhungen war jedoch ein monatliches Einkommen von 180 Lewa als Armutsgrenze angegeben worden.

Die sinkende Wirtschaftskraft des Landes und eine Inflationsrate von gegenwärtig zehn Prozent verschärfen auch andere soziale Probleme. In Burgas befinden sich seit mehr als 20 Tagen 162 Familien in einem Stützstreik. Sie sind mit Zelten vor das Gebäude des Gemeindevolkrates gezogen, weil die ihnen zugesagten Wohnungen nicht fertiggestellt wurden. Für zusätzliche Arbeitseinsätze war ihnen versprochen worden, daß sie schneller Wohnraum erhalten. In Bulgarien sind für 1990 rund 61 000 neue Wohnungen geplant, aber im ersten Halbjahr wurden nur 8 000 gebaut.

Freundschaft



In letzter Zeit ist es bei vielen Betrieben, die große Schwierigkeiten haben, schon zur Regel geworden, von irgendwem Hilfe zu erwarten: vom Staat, von anderen Gebieten. Aber wer soll denn ihnen helfen, wo sich doch heute bekanntlich das ganze Land in einer schwierigen Lage befindet? Ich bin überzeugt, daß jeder Betrieb vor allem selbst einen Ausweg für sich finden muß. Vieles hängt dabei von dem Leiter ab. Davon habe ich mich nochmals am Beispiel des Sowchos „Raswet“, Gebiet Zellinograd, überzeugt.

Seit der Sowchos einen neuen Direktor bekommen hat, hat sich hier auch schon vieles in letzten zwei Jahren verändert. Inzwischen hat man im Dorf 14 Kilometer Wege asphaltiert, 32 Wohnhäuser mit allen Einrichtungen

Eine neue Konditorei

und Bequemlichkeiten gebaut. Besonders viel Gewinn bringt dem Sowchos die Kaninchenzucht. Dies ermöglicht unter anderem, viele Mangelwaren zu produzieren: Fellmützen, Pelze, auch Seife.

Die in acht Monaten gebaute Bäckerei ist der Stolz der Einwohner des Sowchos. Hier werden täglich über drei tausend Kilogramm Brot und Kuchen gebacken. Der Fahrer Woldemar Gunt befördert das Brot in acht Orte. In der Bäckerei sind moderne Maschinen installiert. Dies erleichtert wesentlich die Arbeit der Konditoren. Das reichhaltige Warensortiment erfreut jetzt die

Einwohner des Sowchos „Raswet“ und der naheliegenden Dörfer.

Unsere Bilder: Die Kuchen und Torten backen Waleri Nishnik und Waleri Nekurjaschtschik; die Leiterin der Bäckerei Rosa Dieler — Konditor höchster Klasse; die Köchin der örtlichen Kantine Irina Domke beim Brotverkaufen; die Erzeugnisse der Bäckerei werden auch im Speisesaal verkauft.

Fotos: Jurgen Osterle
Zellinograd



Aus unserem Kulturerbe

**Süben und drüben
Erlebnisse eines deutschen Wolgakolonisten
Von August Lonsinger**

„Endlich, endlich waren sie frei und konnten etwas erleichtert aufatmen; aber wohin denn jetzt? Sie waren ja noch nicht am Ziel gelangt und mußten nun versuchen, Bahnhof nach Chicago zu erreichen. Ratlos standen nun die drei und verhandelten, was zu tun sei...“

Sie fragten einen Vorbeigehenden, wie man auf den nötigen Bahnhof kommen könnte.

Derselbe schaute vieles in letzter Zeit an und belte etwas zurück, was wahrscheinlich soviel bedeutete sollte, wie: „Schert euch zum Teufel!“

Unserem Horn kamen fast die Tränen in die Augen, als er plötzlich deutsch sprechen hörte.

„Als ob er eine Stimme vom Himmel vernommen habe, kam es ihm vor. Er fuhr herum und elte auf den Deutschsprechenden zu: „Gott sei Lob und Dank, daß mir ein deutscher Mensch gefund hat, denn Ihr kennt uns gewiß Bschaad gewa.“

„Was wünschen Sie, mein Herr?“

„Ich bin kaa Herr, ich bin n Baur, un will aach kaa Herr sei!“

„Nein, mein Herr, hier in Amerika sind alle Männer Herren — Mister.“

„No, wer sin denn die Arbeiter?“

„Auch die Arbeiter sind Herren, — Mister, sagt man.“

„Komisch, bei uns is nor dr Pastor n Herr un dr Natschalnik, dann worum? die schaffa nix un lewa in Floribus.“

„Ha, ha, ha, da sind Sie wohl schlecht aufgeklärt, hier ist der Arbeiter ebenso gut ein Herr, wie ein jeder andere; also, von nun an sind sie Mister — wie ist Ihr Familienname?“

„Horn.“

„Also, Mister Horn. Nun, Mister Horn, womit kann ich dienen?“

„Mir missa noch Chicago un wissa net, wu hie un wu naus; uns is gsat wora, daß uns n Agent do zurechtweisa tät, dann Biletter hun mir bis Chicago, ewer der Agent loßt sich net seh.“

„Mit welcher Schiffahrts-Gesellschaft reisen Sie, Mister Horn?“

Der neugebackene Mister Horn nannte den Namen derselben.

„Ha“, rief der neue Bekannte aus, „mehr Glück wie Verstand! Ich bin ja gerade der erwartete Agent, und spähte eben nach meinen Klienten aus, und da führt sie Ihr guter Stern in meine Arme.“

„Was dr Mensch ewa wert is, des widerfährt n, un wann s n Belwaga is“, meinte Horn munter.

Ein fast unmerkliches Lächeln

suchte über das Gesicht des Agenten, er sagte:

„Sie müssen die Sachen von einem Packträger auf den Bahnhof schaffen lassen und das übrige ist schon besorgt, morgen früh mit dem Sechszug fährt Ihr weiter nach Chicago.“

„El, mir traga unser Sacha selbst, des is jo met viel un mir sin zum drit.“

„Ja, das geht nicht, man darf keine Bündel durch die Stadt tragen, sondern muß es dem Gepäckträger überlassen, der schafft es auf einem Schubkarren hin.“

Obel oder wohl, es wurde ein schwarzer Mann gerufen, der alles auf alles auf seinen Karren lud und voran fuhr.

Mister Horn fragte nach, wie es in Amerika mit dem Taglohn stehe, und bekam zur Antwort, daß derselbe sehr hoch sei.

Davon konnte er sich, auf dem Bahnhof angelangt überzeugen, denn der Neger verlangte für seinen Dienst 2 Dollar, also ungefähr 4 Rubel.

Anfangs traute Horn seinen Ohren nicht; erstens war ihm dies viel zu viel für solche kleine Dienste, und zweitens hatte er nicht so viel Kleingeld, und den 25 Dollarschein wußte er nicht zu wechseln. Endlich aber merkte er, daß es sich hier nicht um Spaß handelte, denn der Neger war sehr ungehalten, als ihm nicht gleich ausgezahlt wurde.

Horn wandte sich an den Agenten mit der Bitte um Rat, da er nicht wisse, wo man wechseln könne.

Der Herr zog ganz lebenswürdig seine Geldtasche, entnahm derselben 2 Dollar und übergab sie dem schwarzen Manne, der sie mit frecher Miene an sich nahm und bald im Gewühle verschwunden war. Mister Horn wußte gar nicht, wie er sich nur bei dem Agenten bedanken sollte, für solch freundliches Entgegenkommen.

Der Agent aber meinte, es lohne sich ja gar nicht zu danken, da er ja nichts Besonderes getan, sondern ihm nur eine kleine Gefälligkeit erwiesen habe.

Horn bat ihn noch um die Gefälligkeit, den 25 Dollarschein zu wechseln, damit er ihm das Vorgestreckte zurückzahlen könne.

„Ja, da gehen Sie nur dort in das große Haus, in die Bank, dort wird man es Ihnen schon wechseln.“

„Ach, Herr Agent, seid doch so gut und geht Ihr hie, ich waß jo garnet, wie ich mich dort aastella sollt s doch, ich tu Eich vielleicht aach mol was dfor!“

„Nun denn“, entschied der Herr Agent endlich. Hoherfreut übergab ihm „Mister“ Horn den 25 Dollarschein.

Gemessenen Schrittes verließ der Agent das Stationsgebäude und schlug die Richtung nach der genannten Bank ein.

Unsere Auswanderer musternden ihre Sachen und sahen dem Treiben auf dem Bahnhof zu.

Jetzt entlockte ihnen dieses Treiben schon keine verwundern Rufe, wie damals, als sie in Saratow dies zum erstenmal gesehen... Eben ging ein Zug ab; Vater Horn glaubte in dem Rufen eines Bahnbediensteten das Wort „Chicago“ vernommen zu haben, und war aufgeschreckt: Er hätte gern gefragt, ob der Zug nicht am Ende nach Chicago gehe, aber da welschte man ja eine Sprache, wovon er noch weniger, als vom Russischen, verstand.

„Ewer, wu bleibst nor der Agent mit dem Geld?“ Horn schaute zum Fenster hinaus, aber nichts war zu sehen von demselben.

Es verstrich eine weitere Viertelstunde; wiederum vernahm man die Abfahrt eines Zuges; von dem Agenten keine Spur. In Horn begann ein Verdacht zu dämmern... Aber nein, das kann ja nicht sein... ein so feiner, guter Herr und... Er faßte sich abermals und wartete noch eine Viertelstunde. Nichts.

Jetzt wurde es ihm endlich klar: Er war betrogen worden und sein Geld war verloren, von dem Agenten der Schiffahrtsgesellschaft gestohlen; denn unterdessen konnte man schon „20 mol zurücksei!“ behauptete Horn.

Er rannte, wie von Furien getrieben, hin und her und schlug sich vor die Stirn; was sollte er nun machen? Ha, aber es war doch der Agent von der bekannten Schiffahrtsgesellschaft, den wird man schon finden können.

Sein sonderbares Gebahren hatte schon die Aufmerksamkeit des Publikums sowie der Bahnbeamten, auf ihn gelenkt. Ein langer, hagerer Herr trat endlich auf ihn zu und redete ihn an.

„Ja, du lieber Gott, wenn Horn nur begriffen hätte, was man ihn fragte...“

„Endlich brach es in abgerissenen Sätzen hervor und er erzählte sein Unglück und begleitete seine Rede mit so ausdrucksvollen Gebärden, daß die Zuhörer, wahr-scheinlich, den Vorfall ungefähr begriffen; zudem er die Worte: Agent, Dollar, Chicago, Hamburg und auch den Namen der Schiffahrtsgesellschaft nannte.

Der Herr, der ihn vorhin angeredet hatte, trat in ein Zimmer, woraus man bald das Klingeln der Glocke des Fernsprechers vernahm.

Die Kunst deutscher Silberschmiede

Im Moskauer Verlag „Iskusstwo“ wird in der allernächsten Zeit der Bildband „Deutsches Silber vom 16. bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Sammlung der Staatlichen Ermitage“ erscheinen.

Das berühmte Museum in Leningrad verfügt über eine bedeutende Sammlung deutschen Silbers. Die Kollektion besteht aus rund 600 Exponaten, unter denen viele seltene und künstlerisch hochwertige Stücke sind. Die Sammlung ist ein bereichertes Zeugnis der hohen Kunst der Silberschmiede aus Augsburg und Nürnberg, Berlin und Dresden, Hamburg und Lübeck, Leipzig und anderen Zentren dieses Handwerks. Die Werke der deutschen Juweliere, die nicht selten

nach Zeichnungen berühmter Künstler angefertigt wurden, zeichnen sich durch eine besondere Eleganz und Formenvielfalt aus. Zu den verschiedenartigen Dekors gehören Gravierungen, Inkrustationen aus Elfenbein, Email und Vergoldungen.

In der Ausgabe werden zum ersten Mal Farb- und Schwarz-Weiß-Fotos aller Exponate der Kollektion und eine wissenschaftliche Beschreibung erscheinen.

Der Band aus der Serie „Die Sammlung der Staatlichen Ermitage“ ist von großem Interesse für Kunst- und Kulturwissenschaftler, Künstler und Kunstliebhaber.

Tatjana ANDREJEWA
Moskau

Zum Schmunzeln, Lachen und... Nachdenken

Die Ameise ist ein nützliches Tier

Die Ameise ist ein sehr nützliches Tier. Sie lebt im Wald und ernährt sich von Fußgängern. Wir haben am Sonntag auch mal eine Wanderung gemacht. In die Müggelberge. Als wir uns hingelegt haben, hat meine Mutter gesagt: „Hoffentlich sind hier keine Ameisen.“ Da hat mein Vater gesagt: „Na, hoffentlich sind hier welche. Diese Tiere sind sehr nützlich. Es wäre gut, wenn wir mehr davon hätten. Die halten den Wald sauber!“ Dann sind wir eingeschlafen.

Als wir wieder aufwachten, sagte meine Mutter: „Hilf! Mia krabbelt wat untan Korsett!“ Mein Vater sagte: „Janz ruhig sitz'n bleim! Wia ham Ameisen! Wia liejen wahrscheinlich in eine Ameisenstraße. Ich habe mindestens 3 000 Stück im Hoseneben!“ Da sagte meine Mutter: „Man kann nich jenuch von den Tieren haben, weil die so nützlich sind und alles sauberhalten.“ Mein Vater sagte: „Ich werde diese Tierchen weglocken.“

Er faßte in die Hosentasche, wo er die Bonbons drin kleben hatte. Dann nahm er die Hand

lauer schnell wieder raus und sagte, er wolle sich lieber gleich die ganze Hose ausziehen. Er zog sich die Hose aus und erklärte uns: „Wir werden jetzt gleich sehen, wie schlau diese Tiere sind.“ Aber der Mensch ist eben noch schlauer, weil er weiß, wie man sie wieder los wird.“ Er legte die Hose ein Stück weg, und wir haben alle gewartet. Meine Mutter sagte: „Nu wird wohl bald der ganze Ameisenhaufen bei den Bonbons drin sein“ und riet, auch was zu essen, weil die Ameisen sicher ein paar Stunden brauchen würden, bis sie das Viertel Bonbons drin hätten. Meine Mutter machte den Rucksack auf. Nach einer Weile fragte mein Vater, was sie da immer reinstellt, sie solle ihm was zu essen geben!

Da fing meine Mutter an zu heulen und meinte, er solle nicht immer so dummes Zeug reden, und im Rucksack seien auch lauter Ameisen. Der Kuchen liefe schon ganz alleine, und sie traue sich gar nicht reinzufassen.

Da schüttelte mein Vater den ganzen Rucksack aus und sagte: „Man wird ja sehen, was die

In der Mußestunde In der Mußestunde

Widerklang

Musik: R. DÖHNHOF Worte: H. ARNHOLD

Be-zaubernd blüht im Lenz der Flie-der sein stil-ler Traum wird Wirk-lich-keit; mit

sei-ner Bli-te keh-ren wie-der Er-fül-lung und Voll-kom-men-heit. Der

Wi-der-klang des Gu-ten und des Schö-nen er-freut das Herz wie

mil-des Son-nen-licht. Auch un-ser Lied soll heu-te hell er-

tö-nen als Hoff-nung-straum und froh-e Zu-ver-sicht.

Der Widerklang des Guten und des Schönen erfreut das Herz wie mildes Sonnenlicht. Auch unser Lied soll heute hell erklingen als Hoffnungsraum und frohe Zuversicht

Refrain:
2. Gemütvoll klingt und singt der Sommer, den jedes Vögelin preist und rühmt. Die Fluren heißen uns willkommen, wo jedes Halmchen heiter grünt.

Refrain:
3. Dann kommt der Herbst mit vollen Wagen — die Frucht der edlen Tat ist reif! — und schenkt uns seine reichen Gaben als Dank für unser aller Fleiß.

Refrain:



Ohne Worte
Zeichnungen: A. Schestakow

Der nächtliche Freudeschrei

Ich laufe täglich auf die Post; „Wo bleibt die ‚Freundschaft‘, liebe Leute?“ „Dort hör' ich immer einen Trost: „Vielleicht kommt sie am Abend, heute.“

Am Abend renn' ich wieder hin, Vergebens mach' ich diese Schritte, als hätt' der Teufel mich geritten. Ich fall' ins Bett mit schwerem Sinn.

Im Traum seh ich: Aus Kasachstan ein Esel trippelt, schwer beladen. Die „Freundschaft“ hängt vielleicht daran? Ich schrei! „Hurra!“ — ich hab's erraten.

Viktor-WEBER

Tiere nicht woll'n, das kann man ja dann essen.“ Die Tiere wollten aber alles. Da sagte mein Vater: „Natürlich, man weiß ja, wie die Tiere sind! Ein vernünftiger Mensch legt eben keine Egelwaren auf die Erde im Wald.“ Und meine Mutter: „Natürlich, du bist ja immer nachher so schlau.“ Er hätte ja auch dran denken können. Und man legt sich nicht mit einer Hose hin, wo Bonbons drin sind. Und wie lange sie noch warten sollte, bis alle Ameisen aus der Hose raus sind.“

Da hat meinen Vater die Wut gepackt. Er hat seine Hose gegriffen und hat sie ein paar mal an einen Baum geschlagen und ausgeschüttelt und gesagt: „Wir werden jetzt eben nach Hause fahren. Meine Mutter sagte: „Das wird ja nachher im Omnibus helter werden.“ Mein Vater hat gar nichts mehr gesagt, bloß noch wütend gekuckt. Dann sind wir in den Omnibus eingestiegen.

Nach einer Weile fragte der Mann, der neben meinem Vater stand, meinen Vater, ob er Läuse habe. Er sollte sich nicht im-

„Leise, ganz leise...“

Fritz Montag aus Friedrichsdorf fuhr am Sonnabend zum Markt nach Rathenow. Da er dort einige Verwandte und Bekannte aus der Umgebung traf, beschloß er, nicht am gleichen Tage zurückzufahren, sondern ein Zimmer im Gasthof zu nehmen.

„Sie haben Glück“, sagte der Portier, „es ist noch ein Zimmer frei. Aber wir haben eine Bitte: Neben Ihnen wohnt ein Stammgast von uns, ein etwas nervöser Herr. Nehmen Sie bitte auf ihn Rücksicht, falls Sie erst spät ins Quartier kommen. Vor allem die Stiefel — lassen Sie die bitte nicht so achtlos zu Boden fallen, wie das leider viele tun. Sie erwischen uns einen wirklichen Gefallen.“

„Aber gewiß doch“, versicherte Fritz Montag gutnützig und pfiff den allgemein beliebten Walzer „Leise, ganz leise...“

In der Tat wurde es Mitternacht, ehe er wieder in den Gasthof kam. Ich bitte Sie, wenn man alte Bekannte zum ersten Male

mer so kratzen, sonst würde er mal dem Schaffner Bescheid sagen, daß hier ein Fahrgast mit Ungeziefer sei. Mein Vater sagte, der Herr sollte sich mal um sein eigenes Ungeziefer kümmern, da habe er dann genug zu tun. Da hat der Herr gesagt, er kenne ja viele unverschämte Menschen, aber so was sei ihm noch nicht passiert! Und dann sagte eine Dame, man müßte meinen Vater sofort rausfeuern aus dem Omnibus. Er sei ein Seuchenherd, und wer wisse, was er noch alles habe. Die anderen Fahrgäste haben geschrien, man solle uns raus-schmeißen. Da hat mein Vater in die Tasche gefaßt und dem Herrn einen Bonbon auf den Anzug geklebt und gesagt, da habe er den Seuchenherd, und er könne ihm noch mehr kleben! Aber weil alle so geschrien haben, sind wir ausgestiegen und bis zum Bahnhof gelaufen.

In der S-Bahn sind wir ins Humdeabteil gegangen. Da haben die Leute gesagt: „Hier muß aber ein ganz verlauster Köter drin gewesen sein.“

Zu Hause haben wir alles sauber gemacht, aber ganz weg sind sie noch nicht. Mein Vater sagte, wir nehmen sie nächsten Sonntag wieder mit in den Wald. Und wir hätten nun mal gesehen, wie die Ameise lebt.

Aus „Eulenspiegels neue Vortragsbücher“

Die nächste Nummer der „Freundschaft“ erscheint am 17. August

Stellvertretender
Chefredakteur
Erik CHWATAL

Unsere Anschrift:
Kazachskaja SSR,
480044, Алма-Ата
ул. М. Горького, 50
4-й этаж

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteur — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefle — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petrowlawsk — 6-53-62; Zellinograd — 2-84-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414
Выходит ежедневно, кроме воскресенья к понедельника

Газета отпечатана офсетным способом
Объем 2 печатных листа
Заказ 11946